

(Klaus-Dieter Stallmann [CDU])

- (A) Er setzt Beamte unter Druck. Dies wissen auch Sie, Herr Innenminister, aus persönlichen Gesprächen. Wegen dieser Willkür gingen Beamte vorzeitig in den Ruhestand. Auch das ist nachweisbar.

In den letzten Wochen und Monaten und auch nach den jüngsten Vorfällen gibt es immer mehr Unruhe in der Behörde in Bielefeld. Die Vertrauensbasis ist gestört, die Motivation geht zurück. Der PP Bielefeld heißt nicht umsonst "der Kurfürst von Bielefeld". Sein Verhalten wird seit Jahren kritisiert. Er führt seine Behörde nach Guts-herrenart. Und das kann man an vielen Dingen nachvollziehen.

(Joachim Schultz-Tornau [F.D.P.]: Obwohl die nicht schlecht waren!)

- Ja, das ist auch richtig, Herr Schultz-Tornau.

Herr Schultz-Tornau, Sie haben eben das Thema seiner Pfeifentasche angesprochen. Ich erinnere mich noch sehr gut an den Vorfall im Landtag, als es den Untersuchungsausschuss "Balsam" gab. Herr Innenminister, was haben Sie damals eigentlich getan, als Herr Kruse seinen Fahrer die 200 Kilometer entfernte vergessene Pfeifentasche hat holen lassen, um hier dann ein genussliches Pfeifchen rauchen zu können? Haben Sie da etwas unternommen? - Ich glaube, damals, bei Balsam, war noch Ihr Vorgänger dafür zuständig. Aber er hat auch nichts unternommen.

(B)

Herr Innenminister, das jetzige Verhalten und die Verfehlungen des PP Kruse können im Interesse der Polizei insgesamt und der Behörde in Bielefeld nur einen Schluss zulassen: Wenden Sie weiteren Schaden ab! Entlassen Sie unverzüglich den Polizeipräsidenten in Bielefeld!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

**Vizepräsident Laurenz Meyer:** Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die **Aktuelle Stunde beendet.**

Wir kommen damit zu Tagesordnungspunkt

- 2 **Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2000 (Nachtragshaushaltsgesetz 2000) und zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2000 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2000 und zur Änderung anderer Vorschriften** (C)

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 13/150

Beschlussempfehlung und Bericht  
des Haushalts- und Finanzausschusses zur  
zweiten Lesung  
Drucksache 13/330

dritte Lesung

Ich weise auf den **Änderungsantrag** der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 13/372** hin.

(D)

Eine Ausschusssitzung des Haushalts- und Finanzausschusses zur dritten Lesung hat nicht stattgefunden, sodass die Beschlussempfehlung und der Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses zur zweiten Lesung die Beratungs- und Beschlussgrundlage der heutigen dritten Lesung bilden. Eine Debatte ist nicht vorgesehen.

Wir kommen deshalb zur **Abstimmung**. Ich lasse zunächst über den **Änderungsantrag** der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 13/372** - Stichwort: Sportstiftung Nordrhein-Westfalen - abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **angenommen**.

Zweitens lasse ich über die **Beschlussempfehlung** und den **Bericht** des Haushalts- und Finanzausschusses **Drucksache 13/330** unter **Einbeziehung** des eben beschlossenen **Änderungsantrages** abstimmen. Wer dem zustimmt, den darf ich um

(Vizepräsident Laurenz Meyer)

- (A) das Handzeichen bitten. - Wer ist dagegen? - Damit ist die Beschlussempfehlung mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. **angenommen**.

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir kommen damit zu Tagesordnungspunkt

**3 Konzept der ehemaligen "Regierungskommission Bahn" zur Strukturreform der Bahn zügig umsetzen - Trennung von Netz und Betrieb**

Antrag  
der Fraktion der F.D.P.  
Drucksache 13/319

Ich **eröffne** die **Beratung**. Als Erster spricht für die antragstellende Fraktion Herr Möllemann.

**Jürgen W. Möllemann** (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Jeden Morgen, wenn wir zum Landtag nach Düsseldorf fahren, hören wir im Anschluss an die Nachrichten den Hinweis, dass derjenige, der gerne alle Staus kennen möchte, bitte nicht den anschließenden Verkehrsfunk hören möge. Dort könne man nur noch die Staus ab einer Länge von 6 Kilometern melden. Er möge vielmehr die beiden Mittelwellenfrequenzen 720 kHz und 774 kHz hören.

Derjenige, der morgens die Zeitung aufschlägt, liest immer häufiger von Beschwerden über die Bahn: Sie sei unpünktlich, serviceunfreundlich und zu teuer zugleich.

Die Menschen empfinden, dass ihre Mobilitätsbedürfnisse - soweit sie durch die Politik zu erleichtern und zu unterstützen sind - nicht hinreichend ernst genommen werden.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wir haben in diesem Hause bereits über die Erfordernisse einer besseren Verkehrspolitik gesprochen, soweit es um den Straßenbaubereich geht. Heute geht es uns Freien Demokraten um die Bahn:

Herr Mehdorn, der Vorstandsvorsitzende der Bahn AG, hat in den vergangenen Tagen gleichermaßen durch seine Mitteilung über beabsichtigte weitere Streckenstilllegungen wie auch durch seine Hinweise auf einen trotzdem weiter anwachsenden, vom Staat zu deckenden Finanzbedarf in bemerkenswerter Weise auf sich aufmerksam gemacht und dabei ein bemerkenswertes unternehmerisches Verständnis artikuliert. Ich hatte von ihm etwas anderes erwartet.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, wir verlangen nicht mehr und nicht weniger, als dass den Empfehlungen der seinerzeitigen "Regierungskommission Bahn", die die breite Unterstützung aller Parteien erfahren hat, entsprochen wird. Das heißt: Wir erwarten, dass eine Trennung zwischen den Bereichen "Nutzung/Betrieb" einerseits und "Schienennetz und Bahnhöfe" andererseits stattfindet. Wir wollen, dass der Bereich "Schienennetz und Bahnhöfe" von einem eigenen, selbstständigen Unternehmen betrieben wird. Und wir wollen, dass dabei sichergestellt wird, dass Wettbewerb auf diesen Schienen und ein diskriminierungsfreier Zugang zu diesem Schienennetz für unterschiedliche Anbieter von Leistungen künftig möglich sind.

Wir erinnern uns noch sehr gut der Debatten, in denen es darum ging, den Wettbewerb auf den so genannten Datenautobahnen zu ermöglichen. Damals hat uns der Monopolist Post einreden wollen, ein solcher Wettbewerb führte zum Zusammenbruch der Standards und zur Massenarbeitslosigkeit von Beschäftigten. Das Gegenteil aber ist der Fall: Die Qualität ist gestiegen. Die Preise sind gesunken. Hunderttausende neue Arbeitsplätze sind im Bereich der Kommunikationstechnologien entstanden.

Wir sind der festen Überzeugung, dass die dringend notwendige Verbesserung der Qualität des Transports von Menschen und Gütern auf den Schienen nur erreicht werden kann, wenn wir endlich auch auf der Schiene Wettbewerb zulassen. Wir wollen ein Ende des Monopols der Bahn. Wir verlangen Wettbewerb. Das ist das Ziel unseres Antrags. - Vielen Dank.

(Beifall bei F.D.P. und GRÜNEN)

(C)

(D)